

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **45 (1965-1966)**

Heft 10

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

DE GAULLES MÜHSAMER ERFOLG

Am 19. Dezember ist *General de Gaulle* von der französischen Wählerschaft in seinem Amt als Präsident der Republik bestätigt worden. Der Sieg de Gaulles bot selbst seinen engsten Anhängern keinen Grund zum Feiern. Nur mit Mühe war es dem General gelungen, im zweiten Anlauf über seine Rivalen zu triumphieren; aber auch dieser zweite Wahlgang, in welchem de Gaulle nur noch der Kandidat der Linken, *François Mitterand*, gegenüberstand, brachte nicht das massive Vertrauensvotum, das der Staatschef erhofft hatte. De Gaulle mußte sich mit 55 Prozent begnügen; nur etwas mehr als die Hälfte der Nation hatte sich zu ihm bekannt.

Rückschlag für den Gaullismus

Die Ergebnisse der beiden Urnengänge vom 5. und 19. Dezember bedeuten zwar nicht ein totales Fiasko des Gaullismus; sie sind jedoch zweifellos ein *barter Schlag* gegen das persönliche Regiment des Generals. Seit seiner Rückkehr an die Macht im Jahre 1958 hatte sich de Gaulle in zunehmendem Maße in die Rolle hineingesteigert, die Inkarnation Frankreichs zu sein. Aus dieser Position heraus war es ihm gelungen, der Nation so unpopuläre Entschlüsse wie den Verzicht auf Algerien zuzumuten. Als Korrelat für den Rückzug aus Nordafrika hatte er Frankreich eine Stärkung seines politischen Gewichts im internationalen Kräftespiel zu verschaffen gesucht. Paris gewann sowohl innerhalb des westlichen Bündnisses wie gegenüber dem Ostblock eine Bewegungsfreiheit, wie es sie vor 1958 nie besessen hatte. Der NATO setzte de Gaulle seine eigene militärische Konzeption mit der *Force de frappe* entgegen, die Frankreich ein eigenes militärisches Abschreckungsmittel in die Hand geben sollte. Das supranationale Ziel der EWG konterkarierte de Gaulle mit

seiner «Europe des patries». Er knüpfte die Fäden zu Peking und intensivierte die Beziehungen zu Osteuropa und zur Sowjetunion. Unter de Gaulle wurde Frankreich Atommacht und trat — unmittelbar vor der Präsidentenwahl durch den Start eines künstlichen Satelliten — auch in den Kreis der Weltraummächte.

Diese *Hebung des nationalen Prestiges* gegen außen hat de Gaulle jedoch nicht die überwältigende Zustimmung der Franzosen zu schaffen vermocht, auf die er wohl gehofft hatte. Zu stark mußten die Passivposten dieser außenpolitischen Einzelgänge in die Augen springen: Frankreich wurde international mehr und mehr isoliert, in den Vereinten Nationen sah es sich mehr als einmal in eine widernatürliche Partnerschaft mit dem Sowjetblock gedrängt und innerhalb der EWG übernahm es die Rolle des Gegners der Integrationsbestrebungen.

Von hier aus spielte die Verdrossenheit mit dem Kurs de Gaulles auf die *Innenpolitik* über. Die französische Wirtschaft mochte nicht der Vorteile verlustig gehen, die ihr der Zusammenschluß zu einem großen europäischen Markte bot. Dem gesteigerten nationalen Anspruch gegen außen entsprach kein sichtbarer Fortschritt im Innern. Die inflationäre Entwicklung der Wirtschaft hielt trotz aller gegenteiligen Bemühungen an, die Mißstände im Wohnungsbau und im Bildungswesen wurden zu spektakulären Themen des Wahlkampfes.

Taktische Fehler

All dies hätte wahrscheinlich noch nicht ausgereicht, de Gaulle eine empfindliche Schlappe beizubringen, hätte der General im Kampf um das Elysée nicht noch zusätzlich eine Reihe taktischer Fehler begangen. Die Verfassungsänderung auf Einführung der Volkswahl des Präsidenten, vor drei Jahren

in einem Plebiszit gutgeheißen, war die erste Sprosse auf dieser Leiter. De Gaulle hat damals behauptet, er wolle auf diese Weise lediglich seinem *Nachfolger* die notwendige Legitimität verschaffen. Als de Gaulle schließlich Anfang November dieses Jahres — in letzter Minute gewissermaßen — bekanntgab, er selber werde doch wiederum kandidieren, nahm er den Entscheid der Wählerschaft vorweg, indem er behauptete, Frankreich habe zu wählen zwischen ihm und dem Chaos. Es war ein schlechtes und auch ungerechtes Zeugnis, das der französische Präsident seinem eigenen Regime ausstellte. Seine Gegenkandidaten erkannten den Fehler sofort und nützten ihn in der Wahlkampagne bis zum äußersten aus. De Gaulle selber merkte offensichtlich erst wenige Tage vor dem ersten Wahlgang, daß sich das Blatt gegen ihn zu wenden begann. Er hatte bis dahin seinen Feldzug als *Pater patriae* geführt, der mit souveräner Nichtachtung über seine Gegner hinweggehen durfte, die er samt und sonders als Bannerträger des Gestrigen, als geistige Kinder der untergegangenen Vierten Republik abzutun versuchte. Eine Woche vor dem 5. Dezember war es klar, daß de Gaulle mit dieser Taktik nicht durchdringen würde. Vor allem der Kandidat des Zentrums, *Jean Lecanuet*, der als Befürworter der europäischen Integration und als Wortführer der Jugend auftrat, fand immer stärkeren Zulauf. Als de Gaulle endlich seine Bemühungen intensivierte und auch seine Minister ins Feuer schickte, war es zu spät. Die 16 Prozent der Stimmen, die Lecanuet im ersten Wahlgang auf sich vereinigte, entstammten zum großen Teil Schichten, die ursprünglich als sicheres Reservoir für de Gaulle angesehen worden waren.

De Gaulle hat vor dem zweiten Wahlgang diese Fehler wettgemacht. Als ein Verwandelter trat er vor die Kamera des Fernsehens. Die hochfahrende Pose war verschwunden. Er warb um die *Zustimmung des Wählers* zu seiner Politik. Sein Erfolg vom 19. Dezember kann jedoch nicht verschleiern, daß ihm der Sprung über die 50-Prozent-Limite nur deshalb gelungen ist, weil viele, die nicht einem von den Kommunisten unterstützten Kandi-

daten wie Mitterrand die Stimme geben wollten, de Gaulle als das kleinere Übel wählten. Sie zogen die Stabilität unter de Gaulle der politischen Ungewißheit vor, die zweifellos mit Mitterrands Amtsantritt unvermeidlicherweise über Frankreich hereingebrochen wäre.

Neuer Kurs?

Unübersehbar sind vorläufig noch die Folgen, welche dieser Verlauf der Präsidentenwahl für die künftige Außenpolitik Frankreichs haben wird. De Gaulles Prestige in der Welt hat gelitten, aber wird der Präsident der Republik das zum Anlaß nehmen, seine Ziele nun zurückzustecken und einen neuen Kurs zu steuern? Man kann nur Vermutungen darüber anstellen. Voreiligen Spekulationen muß man entgegenhalten, daß de Gaulle am 19. Dezember immerhin wiederum für sieben Jahre das *Mandat des französischen Volkes* erhalten hat. Er kann sich weiterhin als Beauftragter der Mehrheit der Nation betrachten. Daß er zunächst so auf das Votum reagieren wird, scheint wahrscheinlich. A la longue hingegen scheinen de Gaulle die Hände gebunden zu sein. 1967 finden Parlamentswahlen statt, und bei dem gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnis in Frankreich dürfte eine Niederlage der Gaullisten und ihrer Anhänger kaum zu vermeiden sein. Das ist eine Perspektive, der sich heute auch de Gaulle selber kaum verschließen dürfte. Wie er einer solchen Entwicklung zu begegnen denkt, wird sich weisen müssen. Ein antigauillistischer Premierminister unter Präsident de Gaulle ist gegenwärtig eine nur schwer vorstellbare Konstellation.

Washingtons Engagement in Vietnam

Es würde wohl zu weit gehen, wollte man den Rückschlag, den de Gaulle in der Präsidentenwahl erlitten hat, im gleichen Atemzug als einen Erfolg für das westliche Bündnisystem werten. Aber es läßt sich nicht übersehen, daß die zentrifugalen Kräfte

innerhalb der NATO dadurch eine Schwächung erfahren haben. Das offenbarte sich an der Tagung des Ministerrats der NATO in Paris, an welcher der amerikanische Staatssekretär *Rusk* die dem Atlantikpakt angehörenden verbündeten Länder nachdrücklich auf die Wechselwirkungen des amerikanischen Engagements in Europa und Südostasien aufmerksam machte. Der Staatssekretär erinnerte die NATO-Mächte daran, daß die Vereinigten Staaten in Vietnam nicht für eigene Interessen kämpften; die Glaubwürdigkeit amerikanischer Verpflichtungen in allen Teilen der Welt — auch in Europa — stünden und fielen mit der Entschlossenheit Washingtons, seine Position in Vietnam zu halten.

Rusks Hinweis, der mit einem Appell an die europäischen Nationen verbunden war, Amerika in seinem Kampf zu helfen, wandte sich wohl unter anderem gegen die bei den europäischen Verbündeten sichtbar gewordenen Tendenzen, den Krieg in Vietnam als eine nur Washington angehende Angelegenheit zu betrachten. Der australische Botschafter in Bonn, *Frederick Joseph Blakeney*, hat kürzlich in einem Beitrag im «Europa-Archiv» die Frage aufgeworfen, welche Folgen ein amerikanischer Rückzug aus Südvietnam haben würde und dabei selbst die Antwort gegeben: «In Vietnam selbst würden 15 Millionen Südvietnamesen unter kommunistische Herrschaft geraten, ohne daß sie selbst ihren Willen kundgeben könnten. Das Nachbarland, Laos, würde jede Hoffnung verlieren, seine Selbständigkeit wahren zu können. In Nordost-Thailand würde die mit offener chinesischer Ermutigung begonnene umstürzlerische Tätigkeit verstärkt fortgesetzt werden. Bald schon würde sich das thailändische Volk vor die harte Entscheidung gestellt sehen, ob es aus seinem Land ein Schlachtfeld machen soll oder nicht, wobei es die Erfahrungen Südvietnams vor Augen hätte. Macht und Ansehen der Chinesen in Asien und über Asien hinaus würden natürlich einen erheblichen Auftrieb erfahren ... Man braucht sich diese Auswirkungen eines chinesisch-kommunistischen Sieges in Südvietnam nur auszumalen, um zu erkennen, daß die freie

Welt es sich nicht leisten kann, den Sieg einer von außen gelenkten Aggression zuzulassen. Aus diesem Grund ist die freie Welt den Vereinigten Staaten für deren feste Haltung in Vietnam zu besonderem Dank verpflichtet. Hätten sich die Vereinigten Staaten nicht des Vietnamproblems angenommen, so müßte Westeuropa vermutlich diese Last tragen» («Europa-Archiv», Frankfurt a. M., Folge 23, 1965, S. 895f.).

Die USA haben in den letzten Monaten ihr Engagement in Vietnam laufend verstärkt. Dem Vietcong ist es nicht gelungen, in der *Monsunzeit* den Amerikanern die vorausgesagte schwere Niederlage beizubringen. In immer stärkerem Maße sind deshalb von Nordvietnam her reguläre Truppen nach Südvietnam geschleust worden, um die dezimierten Reihen des Vietcong wieder aufzufüllen. Gleichzeitig hat die amerikanische Luftwaffe ihre Einsätze gegen Ziele in Nordvietnam intensiviert. Der Bestand der amerikanischen Truppen in Vietnam nähert sich der Höhe von 200 000 Mann. Der Krieg, der längst seinen lokalen Rahmen gesprengt hat, wird auf beiden Seiten mit immer größerer Entschlossenheit geführt.

Verhandlungsbereitschaft Amerikas

Die Kritik, welche die Vietnampolitik Washingtons in den Vereinigten Staaten und Europa hervorgerufen hat, geht an der Tatsache vorbei, daß Amerika nach wie vor zu Verhandlungen ohne Vorbedingungen bereit ist. Auf der Gegenseite ist eine ähnliche Bereitschaft bis heute nicht zu erkennen. Den Kommunisten bietet der Vietnamkrieg den willkommenen Anlaß, ihre weltweite *antiamerikanische Agitation* zu intensivieren. Konsequenterweise haben sie deshalb alle Friedensfühler zurückgewiesen und beharren auf dem *Abzug der Amerikaner* aus Südvietnam als Vorbedingung jedes Friedensgesprächs. Als die bisher wenig durchsichtige «Friedensmission» des italienischen Professors *La Pira* publik wurde, der anfangs November bei *Ho Chi Minh* ein größeres Entgegenkommen feststellen zu können geglaubt hatte, beeilte sich Hanoi

sofort, diese Behauptungen zu dementieren. Auch auf der chinesisch-amerikanischen Botschafterkonferenz in Warschau, wo Washington und Peking seit Jahren Kontakt halten, konnte nach den Angaben Rusks bis heute keine Änderung in der kommunistischen Haltung konstatiert werden. Hanoi und das hinter ihm stehende Peking fordern noch immer als Voraussetzung für Friedens-

verhandlungen von den Vereinigten Staaten eine Art Kapitulation. Daß Washington keinen Grund hat, auf ein solches unrealistisches Ansinnen einzutreten, ist ohne weiteres klar, und damit ist auch die Verantwortlichkeit für das Andauern des mit grausamer Härte geführten Krieges festgelegt.

Fabius

BRESCHNEWS WEG ZUR MACHT

Die Bedeutung des Revirements in Moskau

Seit meinem Bericht in der Aprilnummer 1965, der dem Machtproblem in der sowjetischen Oligarchie sechs Monate nach dem Sturz Chruschtschews gewidmet war, sind inzwischen Dreivierteljahre vergangen. In diesem Zeitraum stand die Entwicklung auch in Moskau nicht still. Die «Entchruschtschewisierung», ein Prozeß, der die Entstalinisierung völlig verdrängte, machte weitere Fortschritte. Natürlich ist die Zerstörung der Reformen, welche der im Oktober 1964 gestürzte Kremlherrscher zum Teil voll verwirklicht hatte, zum Teil in die Wege leitete, kein Ziel an sich für die neue Macht-hierarchie. Vielmehr handelt es sich nur um Mittel und Methoden, mit denen die Nachfolger Chruschtschews ein neues Herrschaftssystem errichten wollen und dabei, gemäß den Gesetzen eines totalitären Staates, der nur mit einer Ein-Mann-Diktatur in wirklicher Symbiose leben kann, eine Machtselektion unter sich erledigen.

Die in der Analyse der Aprilnummer angedeuteten Zukunftsperspektiven, wie das Ausscheiden *Mikojans* aus dem bisherigen Triumvirat, die Verhinderung des Aufstieges *Podgornys*, die Rivalität zwischen *Breschnew* und *Kossygin* und die Gefahr, die aus dem Drängen *Schelepins* zur Macht entstand, haben im Lichte der Ereignisse des Spätherbstes 1965 ihre Gültigkeit behalten. Die Industriereform und die Umkämpfung der Regierungsstruktur vom Oktober des vergangenen Jahres hat zwar vorübergehend

die Position *Kossygins* verstärkt, aber der Parteichef *Breschnew* hat bereits damals den Machtanspruch der von ihm vertretenen Machtsäulen deutlich bekundet. Sein geschicktes Verhandeln mit den Marschällen und ein durchdachtes Programm, wie man eine Kaderpolitik leiten soll, um die von *Kossygin* verkörperten Interessengruppen ständig in Schach zu halten, haben ihm schon die ersten Erfolge gebracht, als er den entscheidenden Schritt zur Eliminierung des gefährlichsten Rivalen, nämlich *Alexander Schelepins*, noch nicht wagte.

Ausschaltung Schelepins

Wenn man die Prioritäten in dem Revirement aufstellen will, von dem das sowjetische Regime anfangs Dezember des vergangenen Jahres betroffen wurde, so verdient sicherlich die Erschütterung der Position *Schelepins* größere Aufmerksamkeit als die Entlassung *Mikojans*. *Schelepin* war nämlich der einzige unter den Funktionären in der obersten Parteispitze, der, obwohl erst 47jährig, in allen Führungsorganen der Parteispitze und auch im Kabinett eine Schlüsselposition innehatte. Er verdankte das Chruschtschew, von dem er im Zuge der damaligen einschneidenden Reformen Ende 1962 den Posten eines Vorsitzenden des Komitees für Partei- und Staatskontrolle erhielt, also einer Behörde, welche sowohl

für die Überwachung der kommunistischen Parteiorgane wie auch der Regierungsbürokratie zuständig war. Schelepin war sowohl Mitglied des Präsidiums wie auch des Sekretariats im Zentralkomitee der Partei wie auch stellvertretender Ministerpräsident. Das sicherte ihm einen Vorsprung gegenüber allen anderen ehrgeizigen Politikern. Sicherlich hatte er einen wichtigen Anteil an dem Sturz Chruschtschews, und die älteren Teilnehmer an der Verschwörung, die sich dann in die Macht teilten, müssen ihm dafür dankbar gewesen sein. Aber wie das in den totalitären Systemen üblich ist, dauerte diese Dankbarkeit nicht lange und sie verschwand rasch, als Breschnew und Kossygin merken mußten, daß Schelepin sich mit der bisherigen Machtfülle nicht begnügen will, sondern danach trachtet, eine eigene Gruppe aufzubauen, um wahrscheinlich eines Tages einen entscheidenden Schlag gegen die Stabilisierung der jetzigen Kräftekonstellation auszuführen.

Breschnew hat in aller Stille den Plan entwickelt, wie er sich gegen Schelepin wehren kann. Er nutzte dabei die Unzufriedenheit aus, die in den Kreisen der Technokraten wuchs, besonders nachdem die Industriereform im Oktober beschlossen wurde. Die Fabrikdirektoren beschwerten sich laufend, daß die Kontrolleure Schelepins sich in Wirtschaftsprobleme einmischten, die sie gar nichts angingen. Als Schelepins Mitarbeiter bei den zahllosen Schnüffeleien in einigen Fällen in Konflikte mit Parteifunktionären verwickelt wurden, entstand die günstige Chance für Breschnew, die aus der Chruschtschew-Zeit stammende Struktur der obersten Kontrollbehörde zu zerstören.

Kontroll- und Überwachungsorgane waren seit der Gründung des Sowjetstaates immer ein begehrtes Ziel der ehrgeizigen Politiker. Als Lenin im April 1919 eine Behörde unter dem offiziellen Aushängeschild «Sozialistische Volkskontrolle» in Leben rief, blieb sie in dieser Form nur kurze Zeit bestehen. Stalin nahm sich dieses Amtes bald an, und er hat es in die sogenannte «Arbeiter- und Bauerninspektion» umgewandelt, die ihm zunächst als Sprung-

brett für weitere Schachzüge um die Machteroberung diente. Er hat es fertiggebracht, den Standpunkt durchzusetzen, daß diese Institution jeden kontrollieren darf, ungeachtet des von ihm bekleideten Amtes. Das war so etwas wie ein Polizeiorgan innerhalb des Partei- und Staatswesens. Später, als Stalin schon die Macht in der Hand hatte, wurde daraus ein Ministerium für Staatskontrolle, ein Ressort das weniger bedeutungsvoll war und selbstverständlich dem persönlichen Sekretariat des Diktators unterstand. Manches was sich in den letzten Monaten in der Sowjetunion hinter den Kulissen abspielte, erweckte den Eindruck, daß Schelepin aus seinem Komitee für Partei- und Staatskontrolle eine übergeordnete Institution machen wollte.

Für Breschnew war es relativ leicht, die Zustimmung des Zentralkomitees zu bekommen, um die Kompetenzen Schelepins radikal zu beschneiden. Seit Stalins Zeiten sind die Parteifunktionäre, vor allem die Mehrheit derjenigen, die von sich selbst wissen, daß sie nie die höchsten Sprossen der Partei- und Staatsleiter erklimmen werden, gegenüber jeder Machtkonzentration sehr allergisch. Schelepin mußte die Führung der Kontrollbehörde abgeben und dieses Ressort ist zugleich in eine vorerst harmlose Institution umgewandelt worden, die sich Komitee der Volkskontrolle nennt. Das ist mindestens in bedeutungsmäßiger Hinsicht sehr geschickt gewesen, denn damit knüpfte Breschnew demonstrativ an die Sozialistische Volkskontrolle Lenins an. Dem neuen Organ wurden die Kompetenzen auf dem Parteibereich völlig entzogen. So hat der farblose Nachfolger Schelepins auf diesem Posten, *Pawel Kowanow*, viel weniger zu sagen.

Vorbereitung des XXIII. Parteikongresses

Schelepin hat im Tauziehen um die Macht eine Niederlage erlitten. Aber es wäre zu früh, wollte man bereits heute behaupten, er werde das Spiel aufgeben. Schelepin gehört nicht zu den Funktionären, die nach der ersten Enttäuschung die Flinte ins Korn

werfen und den Kampf aufgeben. In seiner Karriere hat er gelernt hart zu werden. Das war besonders der Fall in der Zeit, als er die Geheimpolizei des Landes leitete. Die Rücksichtslosigkeit und Festigkeit, dazu aber auch sein günstiges Alter im Vergleich zu Breschnew und Kossygin, lassen noch einige Überraschungen erwarten. Auf alle Fälle wird er immer wieder versuchen, die erschütterten Positionen wieder zu festigen und auf einem anderen Posten Kräfte um sich zu gruppieren, mit denen er dann nach der Macht greifen könnte.

Vorerst wird sich aber die Frage um die künftige Struktur in der Führungsgruppe des sowjetischen Regimes auf dem kommenden Parteitag im März 1966 entscheiden. Dieser XXIII. Kongreß soll nach dem Willen Breschnews eine deutliche Zäsur zwischen dem Chruschtschewismus und dem Nachfolgeregime bringen. In diesem Zusammenhang sind zwei Probleme von entscheidender Bedeutung: Das erste bezieht sich darauf, wer die organisatorischen Belange dieses Ereignisses besorgen wird. Mit anderen Worten, es geht darum, welcher Politiker alle die Vorbereitungen treffen wird, die mit der Abhaltung der Kongresse in den Unionsrepubliken, also in den nicht-russischen Gebieten zusammenhängen. Auf diesen Konferenzen wie auch auf den Versammlungen in Moskau und Leningrad werden die Delegierten für den Parteitag gewählt. Für die Stabilisierung der Macht einer neuen Gruppe war es immer von ausschlaggebender Bedeutung, daß man diese Delegierten entsprechend den eigenen Plänen ermittelt. Gegenwärtig ist die Situation noch nicht zu übersehen, wer mit diesem Auftrag betraut wird. Theoretisch besteht natürlich die Möglichkeit, daß auch Schelepin bei den Vorbereitungen zu dem XXIII. Parteitag mithelfen könnte. Aber neben ihm fungiert seit anfangs Dezember des vergangenen Jahres im Sekretariat des Zentralkomitees ein neuer Politiker, *Iwan Kapitonow*, den Breschnew offensichtlich als Gegengewicht einführte. Schon aus diesem Schachzug des Parteiführers ersieht man, daß er dem alten Prinzip der Diktatoren treu bleibt, nämlich am besten herrschen zu können,

wenn man unter den nächsten Mitarbeitern ständige Rivalitäten schafft, die man nach Gebot der Stunde oder nach der Lage der jeweiligen Interessen gegeneinander ausspielen kann.

Das zweite Problem, mit dem die Machtbestrebungen Breschnews verknüpft sind, hängt mit der Vorbereitung eines neuen politischen und ideologischen Programms zusammen. Jeder neue Parteichef muß sich von seinem Vorgänger irgendwie unterscheiden. Für Breschnew ist das um so wichtiger, als Chruschtschew eine dynamische Persönlichkeit war, die den Prozeß der Entstalinisierung energisch anpackte und manches andere realisieren ließ. Ein großer Teil dieser Erbschaft Chruschtschews wurde bereits abgetragen. Aber es gilt nach den ungeschriebenen Normen der totalitären Herrschaft anstelle des Verdammten etwas Neues zu präsentieren. Breschnew ist schon dabei, eine Plattform des «Breschnewismus» zu entwerfen, die, wie es scheint, ein Sammelurium zwischen bestimmten Überbleibseln aus Stalinismus und Chruschtschewismus unter Zugabe von Reformen sein wird, die eine Modernisierung der totalitären Herrschaft, aber keineswegs eine Liberalisierung des Systems bezweckt.

Von Mikojan zu Podgorny

Weniger sensationell als die Degradierung Schelepins ist der Wechsel auf dem Posten des Staatsoberhauptes. Dennoch kann der Abgang Mikojans nicht vom Standpunkt eines natürlichen Prozesses aus betrachtet werden, auch wenn die offizielle Version über die Ablösung des Vertreters der alten Garde plausibel erscheint. Denn man weiß doch, daß ein *Kalinin* jahrzehntelang bis zu seinem Tode die Pflicht eines Staatsoberhauptes erfüllte und daß *Woroschilow* im fortgeschrittenen Alter dieses Amt bekleidete. Mikojan war noch vor wenigen Monaten recht aktiv und wurde zu allen internationalen Verhandlungen bei Besuchen ausländischer Staatsmänner stets hinzugezogen. Solange die sowjetische Außenpolitik eindeutig von dem Konzept der friedlichen

Koexistenz ausging und an den wachsenden Ost-West-Kontakten interessiert war, hatte Mikojan in der Oligarchie des Kremls einen festen Platz. Aber nachdem sich dieses Konzept wesentlich verändert hatte, mindestens hinsichtlich Methode und Taktik, und die Beziehungen zu den westlichen Ländern auf ein Minimum zurückgeschraubt wurden, war das Regime nicht mehr daran interessiert, daß der wendige und schlagfertige Armenier oben bleibt. Sein sicherlich mehr gewünschter und erzwungener Rücktritt als eine freiwillige Demission muß deshalb als eine symbolische Geste des Breschnew-Kossygin-Regimes betrachtet werden, ein Signal, mit dem die eigenen Funktionäre und die Umwelt über den taktischen Wechsel informiert wurde.

Die Ernennung des Ukrainers Podgorny zum Nachfolger Mikojans hat zweierlei zu bedeuten. Auch hier handelt es sich um einen geschickten Schachzug Breschnews,

der sich auf diese Weise eines unbequemen, auf alle Fälle energischen und gut orientierten Politikers aus dem eigentlichen Machtzentrum, nämlich aus der Parteibehörde, entledigte. Denn nachdem Podgorny Staatsoberhaupt der Sowjetunion wurde, scheidet er aus den Machtkämpfen um die führende Position in der Diktatur aus. Gleichzeitig aber gelang es Breschnew mit der Ernennung des Ukrainers Podgorny eine wohlwollende Geste an die Adresse des ukrainischen Volkes zu demonstrieren. Diese zweitgrößte Nation nach den Russen war immer, wie schon unter den Zaren so auch in der bolschewistischen Ära, eine Quelle von Sorgen und ein Objekt verschiedenster Methoden, die von schlimmsten Verbrechen bis zu den großartigsten Konzessionen reichten. Podgornys scheinbarer Aufstieg soll den nationalen Aspirationen der Ukrainer schmeicheln.

Alexander Korab

PAPANDREOU UND SOHN

Nach einem von Karajan dirigierten Konzert im antiken Theater Herodes Atticus wurde der junge König vom Publikum beklatscht. Er hatte die Tribüne noch nicht verlassen, als sich Papandreou zum Gehen anschickte. Die fünftausendköpfige Menge brach in tosenden Beifall aus. Der Affront für den Monarchen war nicht zu übersehen.

Wieweit eine geschickte Regie die Sympathien verteilt, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Im Gespräch mit Athenern, die sich nicht für den König zu begeistern vermögen, kann man hören, bei der verbissenen Auseinandersetzung zwischen Papandreou und seinen Gegnern werde der vielgeschmähte Schatten der Königinmutter höchstens am Rande sichtbar. Als ebenso unzulässig wird der Versuch bezeichnet, Papandreou vereinfachend als Söldling Moskaus zu bezeichnen. Er selbst hat seine Politik der ausgestreckten Hand als Wahlstrategie definiert. Offen bleibt die Frage, ob er nicht seither von seinen kommunistischen Wahlhelfern über-

spielt und schließlich ein Werkzeug ihrer Winkelzüge wurde.

Es gab eine Zeit, da der Kommunismus in Griechenland zahlenmäßig stärker war als heute. Die kommunistische Partei hat indes von der sogenannten «Demokratisierung» profitiert. Zum erstenmal seit 1947 vermochte sie ihren Apparat auszubauen. In Athen beträgt die Mitgliederzahl der EDA (Vereinigte Demokratische Linke) zweitausend. In Saloniki konnte sie ihren Mitgliederstand gegenüber Juni 1963 verdoppeln. Waren sich die großen Wählermassen früher über den Kommunismus durchaus im klaren, so hat das unbestechliche Urteil einer völligen ideologischen Verwirrung Platz gemacht. Unter Papandreou begann sich eine Gegenbewegung anzubahnen. Es dauerte nicht lange, wurde die Rechte in den Augen der Zentrumsunion zum Feind Nummer eins, während die Wähler, Politiker und sogar Minister die Kommunisten als echte Demokraten und Befürworter des Fort-

schritts und infolgedessen als natürliche Verbündete gegen die «Reaktionäre» betrachteten. Die Abwehr gegen den Kommunismus war vielleicht nicht immer erfolgreich gewesen, doch an der prinzipiellen Ablehnung der kommunistischen Ideologie durch den griechischen Staat war nicht zu zweifeln. Eine staatliche Organisation, ähnlich unserer Sektion «Heer und Haus», befaßte sich mit der Aufklärungsarbeit. Unter Papandreou wurde dieser Dienst liquidiert, die ehemaligen Funktionäre wurden verfolgt. Die als überzeugte Antikommunisten bekannten Offiziere wurden entweder an unbedeutende Posten aufs Land oder an die Grenze versetzt. Ähnlich erging es ihren Gesinnungsfreunden bei der Polizei. Dem Offizierskorps wurde verboten, die ehemals von staatlichen Stellen verbreitete Aufklärungsliteratur zu lesen. Wer das Verbot übertrat, wurde bestraft. Es wäre verwunderlich gewesen, hätte die kommunistische Partei die ideologische, politische und gesetzliche Abrüstung gegenüber dem Kommunismus nicht zu ihrem Vorteil ausgenützt. Sie ging alsogleich daran, ihre Propaganda, ihre Organisation und ihre Infiltration auszubauen.

Es dauerte nicht lange, zeigten sich die ersten Ergebnisse bei der Jugend, den Studenten, den Intellektuellen und Kulturschaffenden. Der Linksdrall wurde zur Tagesmode. Die Jugendorganisationen fielen nach und nach in die Hände der Kommunisten. Es gelang der Partei, innerhalb des Staatsapparates wichtige Posten mit ihren Vertrauensleuten zu besetzen. Schließlich vermochten sie sogar in das Heer einzudringen, das immer als antikommunistisch gegolten hatte.

Diese Analyse, weit davon entfernt, Papandreou nachträglich sein Schuldkonto aufzurechnen, war bereits vor einem Jahr in der italienischen Wochenzeitung «Cronaca politica» zu lesen. Verfasser war der bekannte griechische Sowjetologe Georg Georgalas.

Die Kommunisten, die in der von Papandreou geführten Partei der Zentrumsunion nur eine Splittergruppe bildeten, hatten die Losung ausgegeben, für die Kandidaten der links stehenden Fraktion zu stimmen. Pa-

pandreou, der schon 1944 nichts gegen die kommunistische Aggression unternommen hatte, begann nun, den zunehmenden Druck der kommunistischen Wähler zu spüren. Der linke Flügel seiner Partei setzte die Entfernung der leitenden Persönlichkeiten der Rechten sowie der überzeugten Antikommunisten durch. So wurde anfangs des Jahres Tumbas, ein überzeugter Antikommunist, aus dem Ministerium des Innern entfernt. Er mußte dem Kryptokommunisten Tsirimikoy, der sich 1944 in der blutigen Erhebung als kommunistischer Kämpfer hervorgetan hatte, Platz machen. Auf der Abschußliste stand auch der Verteidigungsminister Garoufalias, nachdem es ihm gelungen war, ein Komplott gegen die Monarchie und ein Sabotageprojekt gegen wichtige militärische Installationen aufzudecken und der Sohn Papandreous, der 1944 auf der Seite der Kommunisten mitgekämpft hatte, von General Grivas der Komplizenschaft beschuldigt worden war. Diese Affäre brachte schließlich die Regierung Papandreou zu Fall.

Sollte es Papandreou gelingen, mit Hilfe der kommunistischen Stimmen in die Regierung zurückzukehren, so würde ihm die Partei die Bedingungen diktieren:

1. Bildung einer «demokratischen» Regierung aus Mitgliedern der EDA und des linken Flügels der Zentrumsunion.
2. Aufhebung aller Gesetze gegen die kommunistische Subversion.
3. Entfernung aller antikommunistischen Elemente aus bedeutenderen Posten in der Verwaltung, der Polizei und der Armee.
4. Austritt Griechenlands aus der NATO und dem Block der westlichen Länder.

Zahlreiche Griechen scheinen sich indes- sen der drohenden Gefahr bewußt zu werden. Während die von der Agitprop und der kommunistischen Jugendorganisation «Lambrakis» angeführten Manifestationen weiterlaufen, fragen sich viele verantwortungsbewußte Bürger, ob eine Regierung, die auf die Stimmen der Kommunisten angewiesen bliebe, das Land nicht schließlich ins Verhängnis führen müßte.

Albert Müntz

MENSCH UND STAAT IN UNSERER ZEIT

Nicht weniger als 15 Vorträge standen auf dem Programm des 39. Ferienkurses der *Stiftung Lucerna*, der letzten Herbst im Luzerner Großratsaal durchgeführt wurde und dem Thema *Mensch und Staat in unserer Zeit* galt. Professor Dr. *Jean-Pierre Aguet* sprach über «Attitudes humaines et vie internationale»; Professor Dr. *Richard Bäumlin* stellte die Frage: «Der Staat — entfremdete Macht oder Aufgabe?»; aus der Sicht des Realpolitikers erörterte Nationalrat *Peter Dürrenmatt* die «Existenzprobleme der schweizerischen Demokratie»; «Mensch und Staat aus der Sicht der politischen Wissenschaft» stellte sich Professor Dr. *Erich Gruner* zur Aufgabe; und schließlich äußerte sich Professor Dr. *Georg Thürer* über «Die Bedrohung der Freiheit und staatsbürgerliche Erziehung». Seminarlehrer Dr. *Peter Kamm* leitete mit Geschick die nachmittäglichen Diskussionen.

Es wäre unmöglich, auf knappem Raum einen adäquaten Eindruck des gebotenen Stoffes zu vermitteln. Deshalb soll versucht werden, verschiedene Schwerpunkte herauszuarbeiten, die Antwort auf die uns unmittelbar bedrängenden Probleme zu geben versuchen. Vor dem Hintergrund aktueller schweizerischer Gegenwartsfragen gewinnen vor allem die Referate Professor Bäumlins und Nationalrat Dürrenmatts beispielhaften Wert: Sie erörtern sowohl die Grundlagen wie praktische Lösungsvorschläge.

Solidarität mit der Vorläufigkeit der Welt

Professor Bäumlins Vorträge gingen von der Entfremdung des Menschen vom Staate aus. Der Staat — und zwar nicht nur der totalitäre — ist uns beinahe überall gegenwärtig. Diese Allgegenwart verurteilt den «kleinen Mann» zum Rasonnieren. Er kann nur noch Randglossen beisteuern, da er den Überblick verliert. Paradoxerweise hat der «kleine Mann» im Zeitalter des kleinen Mannes nichts zu bestellen. Nicht von ungefähr ist er einem mythischen Denken verpflichtet, das «Technik», «schleichende Inflation», «Zerfall der Staatsautorität» usw. als schicksalshafte äußere Abläufe sieht und sich so

verantwortlicher Existenz entzieht. Es wäre Aufgabe der Staatslehre — ohne die Entfremdung leugnen zu wollen —, an die verantwortliche Existenz zu appellieren und die Frage nach dem Menschen und seinem Handeln zu stellen. Es ist eine höchst gefährliche Ambivalenz, die uns in diesem Modellfall der zunehmenden Trennung von Staat und Mensch begegnet: Die anthropologische Forschung spricht einerseits von der «bienfaisante certitude», der wohlthätigen Fraglosigkeit oder Sicherheit, die dem Menschen eine lebenswichtige Entlastung bringt, andererseits schlägt aber das Pendel in das Extrem eines übertriebenen Kulturpessimismus aus. Dieser Gegensatz weist auf den inneren Widerspruch des Menschen selbst zurück.

Das *Gegenbild* hebt die Entfremdung auf. Es entsteht der Mensch, der seinen Widersacher überwunden hat und befähigt ist, eine einige Gemeinschaft zu bilden. Bäumlin sieht in diesem *Identitätsdenken* eine Säkularisation des alttestamentlich-christlichen Gedankens, wie er sich in den Entwürfen Bakunins und in der Utopie des Marxismus zeigt. In den Frühschriften von Karl Marx begegnen wir dem Satz: «Die Demokratie ist das aufgelöste Rätsel aller Verfassungen.» Hier wird die Selbsterlösung des Menschen versucht.

Die Frage, wie weit uns das Identitätsdenken noch zu beschäftigen hat, beantwortete der Referent mit dem Hinweis auf Carl Schmitts Weimarer Zeit, eine Phase, in der er den Staat in der Homogenität und Identität definiert. Für ihn liegt die politische Kraft der Demokratie im Ausschluß der Heteronomität. Identität ist naturhaft vorhanden oder nicht vorhanden, sie ist ein Faktum. Von hier aus ergibt sich für Schmitt der — für uns tödliche — Gegensatz zwischen Demokratie und Parlamentarismus: Auf dieser Seite die naturhaft gegebene Gemeinschaft, der Führer und die Gefolgschaft, dort die Pluralität, die «intellektuelle Schwatzbude» des demokratischen Gesprächs.

Wenn wir die Frage nach unserem demokratischen Selbstverständnis stellen, so müssen wir unsere verborgenen Gemeinsamkeiten

ten mit Carl Schmitts Gedanken aufspüren: Liegt zum Beispiel der Verkettung der Verbände nicht die Vorstellung einer identitären Gesellschaft zugrunde? Oder wie steht es mit der Parlamentskritik, die oft nur die Resignation des Doch-nichts-machen-könnens verrät? Auch in der Praxis des politischen Kompromisses begegnen wir der «Nestwärme der Identität»: Zu häufig führen Absprachen ohne vorgängige Klärung zu voreiliger Versöhnung und stummem Nachgeben. In diesen Zusammenhang stellte der Referent die Frage nach der Tragfähigkeit des demokratischen Grundschemas Max Imbodens¹: Die vollendete Bewußtheit soll Wirklichkeit demokratischer Existenz sein, es ist also mithin der Versuch, den identitären Menschen zu verwirklichen und die Demokratie durch Gruppenkonkurrenz als Gegenbild zu sehen. Nun kann jedoch der personifiziert gedachte Demos nicht die Frage nach der Demokratie sein. Die Einheit ist in dieser Staatsform nicht absolut, sondern stets ein Ziel. Einheit ist nicht gegeben, sondern den geschichtlich wirkenden Menschen aufgegeben. Es handelt sich um einen dauernden Integrationsprozeß. Das identitäre Denkschema der Demokratie hingegen führt in esoterische Zielsetzungen und damit — in seiner Ambivalenz — in resigniertes Nichterreichen. Es entstehen Forderungen nach Neuem, der Revision der Bundesverfassung zum Beispiel, bis zum nächsten Malaise. Professor Bäumlín geht es bei aller wünschbaren Neuordnung um den richtigen Tonfall in diesem Gespräch, um einen relativ geschlossenen Verantwortungszusammenhang (Kooperation) anstelle eines übertriebenen souveränen Begriffs. Identitär mißverständene Gemeinschaft kennt weder Partner noch Persönlichkeit. «Communio» bedeutet Zuordnung von Menschen in einem Verantwortungszusammenhang auf ein Ziel hin. Deshalb steht man dauernd vor der Frage des Rechts, der Ordnung, einer Rechtsgemeinschaft in Aktion, die zwischen Evidenz und Subjektivität die stets begründungsbedürftige Rechtsstruktur lebt. So handeln Regierung und Parlament nicht als Vollstrecker des «Volkswillens», sondern in wechselseitigem Einvernehmen. Die Beteiligung des

Volkes beruht auf wohlinformierter Diskussion. Die so festgelegten Grenzen zeigen, daß sich ein Gemeinwesen nicht perfektionieren läßt. Es geht vielmehr um die Wahrnehmung des Geschichtlichen, um die *Solidarität mit der Vorläufigkeit der Welt*.

Besinnung auf uns selbst

Nationalrat Dürrenmatt ging von der Frage aus, ob das Engagement unseres innenpolitischen Auftrages noch vorhanden sei und stellte fest, daß unser problemloses Dasein endgültig vorbei sei. Das Stichwort von der «Verschweigerung» — 1933 von Oswald Spengler im abschätzigen Sinne auf die deutsche Außenpolitik jener Jahre geprägt und angewandt — als spießbürgerliche, satte, nur auf Sicherheit bedachte Abkehr vom Weltgeschehen ist Fiktion geworden. Wir verfolgen nun jene Darstellung Dürrenmatts, die sich mit dem Wesen der gegenwärtigen Aufgabe befaßt.

Das Pausenbedürfnis der ersten Nachkriegsjahre ließ uns eine ganze Reihe dringlicher Aufgaben nicht sehen. Nun rollen sie gleichsam über uns hinweg. Wir können nur noch feststellen, daß es keinen gemüthlichen Dringlichkeitskatalog mehr gibt. Der *technische Fortschritt* fordert von uns die Bewältigung der Verkehrslage, die das Straßen- und Eisenbahnnetz, das Luftverkehrsnetz und die Binnenschiffahrt umfaßt. Die Wirtschaft sieht sich mit der Elektronik, der Automation und der Kernenergie konfrontiert. Die *industrielle Ausdehnung* macht die Probleme des Gewässerschutzes sichtbar. Den Anschluß an die kulturellen und wissenschaftlichen Gegebenheiten Europas müssen wir im *Ausbau unserer Universitäten* und in der Erfassung der Bildungsreserven suchen. *Soziale Forderungen* verlangen eine ausreichende Altersfürsorge. Und schließlich stießen wir in der *Landesverteidigung* an die Grenze des Möglichen. Dürrenmatt sprach in diesem Zusammenhang zutreffend von einem «Vor- und Nachmiragezeitalter». All diese Probleme stellen sich in gleicher Dringlichkeit und müssen gleichzeitig gelöst werden. Die Forderungen, die daraus zu ziehen sind, liegen

auf der Hand: ein ungeheurer Finanzbedarf und eine vorausschauende Planung.

Die entscheidenden Auswirkungen müssen sich in der Abkehr von gewohnheitsmäßigen jährlichen Voranschlägen (die ja dauernd revidiert werden müssen) zeigen. Die Forderung nach Dreijahresplänen ist sofort mit der Frage nach der wirksamen Kontrolle gegenüber einer stets wachsenden Machtfülle der Regierung verknüpft. So entsteht eine Kausalitätskette, deren Ausmaß und Verknüpfungen nur noch von wenigen überblickt werden kann. Auch reine Sachfragen sind daher zu Ermessensfragen geworden. Diese Situation kann nur durch Nachdenken gemeistert werden; wir müssen Distanz gewinnen. Aus diesen Überlegungen

heraus sieht Nationalrat Dürrenmatt den Zeitpunkt für eine Totalrevision der Bundesverfassung gekommen — ohne dabei aber einem hektischen Tatendrang zu verfallen.

Die beiden hier dargestellten Referate geben Aufschluß über die ideelle und sachliche Vielfalt der gegenwärtigen innenpolitischen Diskussion. Sie treffen sich jedoch in der Gemeinsamkeit des in Referaten und Diskussionen oft zitierten Satzes Hans Barths: «Der Staat, das sind wir selbst.» Es kommt nun nur darauf an, wie wir diesem Anspruch begegnen.

Carl Holenstein

¹Max Imboden: Die politischen Systeme, Basel und Stuttgart 1962.

Wie für den Menschen, so ist auch für die Menschengruppe das höchste Gut Persönlichkeit. Ob oder wie weit die Entfaltung und Behauptung dieser Persönlichkeit bedingt ist durch die Möglichkeit rücksichtslosen Sichdurchsetzens auf Kosten anderer, das ist — mag es sich um Einzelmenschen oder um Staaten handeln — eine Frage, bei deren Beantwortung sich immer Weltanschauungen werden gegenüberstellen.

Max Huber